

Antrag der Bündnis90/Grüne-Fraktion für einen Vorsorgeplan

Sachverhalt:

- Der EU-Notfallplan Gas „sieht vor, dass jedes Land seinen Gaskonsum im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 freiwillig um 15 Prozent senkt – im Vergleich zum Durchschnittsverbrauch der vergangenen fünf Jahre im entsprechenden Zeitraum.“¹
- „Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen [...] die Energiespar-Kampagne des Bundes.“²
- Die hohen Energiepreise stellen ein außerordentlich großes Risiko für den Haushalt dar.
- Die Energieknappheit bedarf einer solidarischen Kraftanstrengung aller.
- Die Kommunen haben eine Vorbildfunktion.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, die Voraussetzungen für einen kommunalen Vorsorgeplan bezüglich der Energiekrise zu schaffen durch

- Erfassen des Energieverbrauchs gemeindeeigener Gebäude und der Infrastruktur (Strom, Gas, Öl)
- Aufzeigen von Einsparmöglichkeiten in den einzelnen Bereichen.

Torben Schawer
Fraktionsvorsitzender